

Buchloer Hofnarr



Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität

Ausgabe 185 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 09.03.2025

Nachdem sich CDU, CSU und SPD auf ca. 1000 Milliarden Euro neue Schulden geeinigt haben, war eine erfolgreiche Sondierung kein Problem mehr, denn Geld (=Schulden) wäre jetzt genug da. Keine echte Reform, kein Subventionsabbau, keine echten Ausgabenkürzungen aber dafür neue zusätzliche Ausgaben – TOLL!

In SCHWARZ die Sondierungsergebnisse
Quelle: zdf.de / in ROT Buchloer Hofnarr

Das von der Ampel-Koalition reformierte Staatsangehörigkeitsrecht soll weiter Bestand haben. Die verkürzten Wartefristen für eine Einbürgerung und den Doppelpass für Nicht-EU-Bürger sollen bleiben. **Man hat sich geeinigt, nichts zu ändern – warum muss man darüber diskutieren nichts zu tun?**

An den Landgrenzen sollen künftig auch Menschen zurückgewiesen werden, die ein Asylgesuch stellen - allerdings nur in Abstimmung mit den Nachbarstaaten. Möglich sind Zurückweisungen grundsätzlich nur da, wo es stationäre Grenzkontrollen gibt. **Das individuelle im Grundgesetz garantierte Asylrecht wird faktisch abgeschafft – Rechtsbruch als Ergebnis der Sondierungsgespräche!**

Die "breite Mittelschicht" soll laut Sondierungspapier entlastet werden. Geplant ist eine Reform der Einkommensteuer. Außerdem soll die Pendlerpauschale in der Steuererklärung erhöht werden. **„Soll“ ist das entscheidende Wort – keine Verpflichtung, kein Zeitplan, keine Zahlen über Entlastungen – BlaBlaBla und Bla! Eine höhere Pendlerpauschale als Zuckerl für die CSU, denn diese ökologisch und ökonomisch sinnlose, sogar umweltschädliche Subvention ist für die CSU wichtig. Die Einnahmen des Staates werden gesenkt.**

Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte beziehungsweise an Tarifverträgen orientierte Vollzeitarbeit hinausgehen, sollen steuerfrei gestellt werden. **Steuerfreie Überstunden – ein Bonus für alle Industriearbeiter mit 35 – Stunden – Woche. Alle Arbeitnehmer, welche noch 40 Stunden arbeiten (ohne oder mit Tarifvertrag) sind die Idioten dieses Vorschlags, denn die versteuern ihre fünf Stunden Mehrarbeit voll. Zukünftig wird es keine Lohnerhöhungen mehr geben, sondern nur noch Arbeitszeitverkürzungen mit anschließenden Überstunden – das ist lukrativer für die Arbeitnehmer und senkt die Einnahmen des Staates.**

Union und SPD halten an der unabhängigen Mindestlohnkommission fest. Für die weitere Entwicklung des Mindestlohns soll sich diese "sowohl an der Tarifentwicklung als auch an 60 Prozent des Bruttomedianlohns von Vollzeitbeschäftigten orientieren", wie es im Papier heißt. "Auf diesem Weg ist ein Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026 erreichbar." **„Soll“ ist das entscheidende Wort – keine Verpflichtung, kein Zeitplan, keine Zahlen über Entlastungen – BlaBlaBla und Bla!**

Das Bürgergeldsystem soll überarbeitet werden. Das sagte CDU-Chef Friedrich Merz bei der Vorstellung der Vereinbarung in Berlin. "Für Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit verweigern, wird ein vollständiger Leistungsentzug vorgenommen." **Auch die ca. 15000 Totalverweigerer darf im Rechtsstaat niemand verhungern lassen – Rechtsbruch als Ergebnis der Sondierungsgespräche!**

Die Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie soll dauerhaft auf 7 Prozent sinken. Die Mehrwertsteuer in der Gastronomie war bereits in der Corona-Zeit von 19 auf 7 Prozent gesenkt worden, allerdings nur vorübergehend. **Super – 12 Prozent mehr Einkommen für die Wirte. Wirte haben kein Einkommens- sondern ein Personalproblem! Die Wirte werden die Senkung genauso wenig an die Kunden weitergeben, wie während der Corona-Zeit. Die Einnahmen des Staates werden gesenkt.**

Zur Entlastung von Unternehmen und privaten Haushalten soll die Stromsteuer auf den in der EU erlaubten Mindestwert sinken. Das soll zu Entlastungen um mindestens fünf Cent pro Kilowattstunde führen. Union und SPD wollen daneben die Übertragungsnetzgelte halbieren, ein Bestandteil des Strompreises. **Die Einnahmen des Staates werden gesenkt.**

Um die schleppende Nachfrage nach Elektroautos wieder stärker anzukurbeln, planen Union und SPD wieder "einen Kaufanreiz". Eine bestehende Kaufprämie war Ende 2023 wegen Haushaltsnöten von der Ampel-Koalition abrupt gestoppt worden, danach sackte die Nachfrage spürbar ab. **Die Einnahmen der Autoindustrie werden, trotz der Rekordgewinne der letzten Jahre, erhöht. Die jetzt beginnende Entwicklung günstigerer E-Autos wird gebremst. Die Ausgaben des Staates werden erhöht.**

Das von der Ampel-Koalition beschlossene Aus für Agrardiesel-Vergünstigungen für Bauern soll gekippt werden. **Wieder keine Subventionsabbau. Nach Jahren mit Rekorderlösen und offenem Rechtsbruch mit illegalen Blockaden haben sich die Bauern das auch verdient. Die Einnahmen des Staates werden gesenkt.**

Das beliebte Deutschlandticket für Busse und Bahnen kommt in den Koalitionsverhandlungen auf den Tisch - über "die Fortsetzung" über das Jahresende hinaus soll beraten werden. **Man will über ein ökologisch bewährtes Bahnticket reden? War klar – für ökologische Mobilität war Geld noch immer knapp. Die Kohle wird ja für die Autos gebraucht!**

Wer in der Rente noch freiwillig weiterarbeitet, soll bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei dazuverdienen können. Die sogenannte Mütterrente soll ausgeweitet werden: Auch für vor 1992 geborene Kinder sollen drei statt wie bisher maximal zweieinhalb Erziehungsjahre bei der Rente angerechnet werden. **Steuerfrei weiterarbeiten. Super! Dann verdienen teilzeitarbeitende**

Sondierungsergebnis der Unambitionierten

Rentner insgesamt mehr als vollzeitarbeitende Nicht – Rentner. Die Mütterrente belastet die Rentenversicherung zusätzlich. Echte Generationengerechtigkeit! Die Alten sind die Gewinner und die Jungen die Verlierer der Sondierung. Die Einnahmen des Staates werden gesenkt und die Ausgaben des Staates werden erhöht.

Angesichts immer weiter steigender Milliardenkosten wollen Union und SPD "eine große Pflegereform" auf den Weg bringen. **„Wollen“ ist das entscheidende Wort – keine Verpflichtung, kein Zeitplan, keine Zahlen über Entlastungen – BlaBlaBla und Bla! Die „große Pflegereform“ löst kein demografisches Problem.**

Die Mietpreisbremse soll zunächst für zwei Jahre verlängert werden. Dieses Instrument für den Mieterschutz wäre sonst Ende 2025 ausgelaufen. **Kein Wort über sozialen Wohnungsbau – echt gut!**

Eine erneute Reform des eben erst geänderten Bundestagswahlrechts soll geprüft werden. Kritik gab es vor allem, weil bei der Wahl am 23. Februar einige Direktkandidaten, die ihren Wahlkreis gewonnen hatten, kein Mandat erhielten. **Die durch die Wahlrechtsre-**

form in vier Jahren eingesparten 200 Millionen Euro kann man durch die „Sondervermögen“ wieder ausgeben. Die Ausgaben des Staates werden erhöht.

Von den Wahlkampfversprechen der CDU/CSU ist schon vor den Koalitionsverhandlungen nichts mehr übrig. Keinerlei Reformwillen. Keinerlei Ausgabenreduzierung, aber Ausgabensteigerungen. Keinerlei Subventionsabbau. Keinerlei Einsparungen. Entweder Merz und Söder sind grandios dumm, weil sie vor der Wahl nichts über die Probleme in Deutschland wussten oder die beiden haben die Wähler bewusst getäuscht um sich zum Wahlsieg zu lügen. Beides disqualifiziert sie bzw. ihre Parteien für ein Regierungsamt. Die AfD wird es den beiden danken, denn dieser Lügenpakt ist die beste AfD – Wahlwerbung.

Meine Bitte an die Grünen: Stimmt nur der Finanzierung der Bundeswehr zu – nicht den anderen Schulden, damit CDU/CSU/SPD zu Reformen gezwungen werden. Die Probleme in Deutschland müssen gelöst, nicht vertagt oder mit geliehenem Geld zugeschüttet werden.



Quelle: allgaeuer-zeitung.de